

Auszug

aus der Niederschrift über die Sitzung des Planungs-, Umwelt- und Bauausschusses
am 22.11.2012 im Großen Sitzungssaal des Neuen Rathauses, Große Rurstraße 17, 52428 Jülich

7. Umbau Rathaus

(Vorlage-Nr. 388/2012)

Der Ausschußvorsitzende bemängelt, dass keine Raumplanung vorgelegt wurde.

Auf Frage von Beigeordneten Schulz, welche Pläne gewünscht werden, trägt StV Gruben vor, dass man Pläne wünsche aus denen ersichtlich sei, wie die Räume durch Ämter mit ihren Mitarbeitern belegt seien. Auch freiwerdende Räume, z.B. Realschule, sollten im Konzept Berücksichtigung finden, schlägt der Ausschussvorsitzende vor.

Herr Schumacher führt aus, dass die Vorlage von Plänen die die Ist-Situation darstellen einfach sei. Die zukünftige Situation, die auch bei den Planungen zu berücksichtigen sei, hängt von noch zu treffenden Entscheidungen, wie z.B. die Einrichtung eines Bürgerbüros, ab. Insgesamt sei die Raumsituation so angespannt, dass die Kündigung von vermieteten Räumen erwogen werden müsse. Die Gründe für den Raumbedarf sind in der Anlage zur Vorlage aufgeführt.

Beigeordneter Schulz erläutert zu Fragen nach dem Beschlussentwurf, dass die Realisierung einer der von Prof. Aldinger vorgestellten Varianten aufgrund der angespannten finanziellen Situation der Stadt Jülich unmöglich sei. Die Stadt müsse durch die Aufstellung eines Haushaltssicherungskonzeptes unbedingt den Verbleib in der Übergangswirtschaft vermeiden um handlungsfähig zu bleiben.

Der Ausschuss kommt überein dass die Angelegenheit nach Vorlage der geforderten Pläne zunächst erneut im Planungs-, Umwelt- und Bauausschuss beraten wird, bevor sie an Hauptausschuss und Rat weitergeleitet wird.

Beschlussentwurf:

Ohne Abstimmung

Die aus den Machbarkeitsstudien von Prof. Aldinger resultierenden Alternativen zum Dienstleistungszentrum werden nicht weiter verfolgt.